



Parteiprogramm Junge SVP Graubünden

2022–2026

Trimmis, 13.02.2022

Junge SVP Graubünden

Neba dr Rüfi 4

7203 Trimmis

www.jsvp-gr.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorwort des Präsidenten	2
Unsere Werte	3
1 Aussenpolitik	4
2 Bildung	5
3 Energie und Umwelt.....	6
4 Finanzen und Steuern	7
5 Gesellschaft	88
6 Gesundheit und Soziales.....	9
7 Kunst, Kultur und Sport	10
8 Landesverteidigung	11
9 Landwirtschaft	12
10 Migration und Integration	13
11 Sicherheit.....	14
12 Verkehr.....	15
13 Wirtschaft und Tourismus	16
14 Politik in- und ausserhalb Graubündens.....	17

Vorwort des Präsidenten

Geschätzte Mitglieder

Bereits vier Jahre sind seit der Verabschiedung unseres ersten Parteiprogramms vergangen. Ich kann mich noch sehr gut an die kontroversen Diskussionen und lebhaften Auseinandersetzungen erinnern. Daraus resultierte ein Parteiprogramm, das inhaltlich bis heute die Werte und Vorstellungen unserer Partei verkörpert. Doch ist in den letzten vier Jahren viel passiert. Gewisse Forderungen von uns konnten mittlerweile durchgesetzt werden und können somit abgehakt werden. In anderen Bereichen haben sich die von uns kritisierten Missstände verschlimmert, sodass wir deutlichere Worte wählen müssen.

Den grössten Unterschied zum alten Parteiprogramm wird der aufmerksame Leser in dessen Umfang finden. Wie in jedem Bereich der Partei, bin ich der Ansicht, dass in der sprichwörtlichen Kürze, die Würze zu liegen hat.

Dennoch möchte ich es nicht unterlassen, dem Leser eine kritische Haltung beim Lesen des Parteiprogramms naheulegen. Nur aus dem kritischen Denken, dem Hinterfragen und der Diskussion über die daraus resultierenden Meinungsverschiedenheiten, kann eine demokratische Partei wachsen.

Viel Vergnügen beim Lesen!



Schmid Sandro
Präsident

Unsere Werte

Unsere politische Agenda ist hauptsächlich von diesen drei Werten geprägt:

- **Freiheit**
- **Unabhängigkeit**
- **Eigenverantwortung**

Bei uns werden Themen jeder Art ausgiebig, kontrovers und fair diskutiert. Dabei spielen die drei genannten Werte immer eine entscheidende Rolle. Es ist uns sehr wichtig, dass die persönliche Freiheit jedes Einzelnen möglichst uneingeschränkt ist und bleibt, dass jeder Eigenverantwortung übernimmt und schliesslich, dass die Schweiz unabhängig bleibt.

Wer uns kennt, weiss, wie viel die Freiheit uns bedeutet. Sie ist das wohl wichtigste und am meisten schützenswerte Gut in unserem Land! Ein möglichst uneingeschränktes und selbstbestimmtes Leben führen heisst aber nicht, dass alles erlaubt ist. Mit dem eigenen Handeln dürfen die Rechte und Freiheiten anderer auf keinen Fall verletzt werden.

In jeder Gesellschaft braucht es einige Grundregeln, denn ohne diesen staatlich vorgegebenen Rahmen würde ziemlich bald Chaos ausbrechen. Unsere Verfassung, die Gesetze und die Verordnungen regeln das Zusammenleben. Dadurch wird eine rote Linie vorgegeben, die für alle verbindlich ist.

Die Junge SVP Graubünden setzt sich für das grösstmögliche Mass an individueller Freiheit und möglichst wenig Staat ein!

1 Aussenpolitik

In der Schweizer Aussenpolitik spielt die dauernde, bewaffnete Neutralität seit jeher eine entscheidende Rolle, sie ist der Schlüssel zum Erfolg. Für einen Kleinstaat wie die Schweiz, der sich im Herzen Europas befindet, sind gute Beziehungen zu anderen Staaten in- und ausserhalb Europas sehr wichtig. Unsere Unabhängigkeit schützt uns vor einer Angliederung an supranationale Staatenbündnisse, wie beispielsweise an die Europäische Union. Die Unabhängigkeit ist also ein Garant für Freiheit und Selbstbestimmung in unserem Land.

Konsequente Neutralitätspolitik

Die Schweiz verhält sich bei internationalen Konflikten konsequent neutral und lehnt die Beteiligung an Wirtschaftssanktionen und Embargos ab, die durch andere Staaten oder Bündnisse verhängt wurden. Die Mitgliedschaft in der PFP (Partnership for Peace), welche eine Tochterorganisation der NATO (North Atlantic Treaty Organization) ist, kann mit unserer Neutralität nicht vereinbart werden und ist daher zu kündigen

Weltweite Handelsbeziehungen

Als ressourcenarmes, jedoch wirtschaftlich sehr starkes Land ist die Schweiz auf gute Handelsbeziehungen angewiesen. Deshalb müssen wir weltweit – anstatt nur europaweit – Handelsbeziehungen aufbauen.

Keine EU-Anbindung

Wir lehnen ein institutionelles Rahmenabkommen mit der Europäischen Union kategorisch ab, mit welchem wir uns faktisch fremdem Recht und damit fremden Richtern unterwerfen. Damit einhergehend sprechen wir uns deutlich gegen eine Anbindung an die EU, respektive einen EU-Beitritt aus.

Wahrung der Schweizer Interessen

In aussenpolitischen Verhandlungen begegnen wir unseren Vertragspartnern stets auf Augenhöhe und mit Respekt. Dabei sind unsere Landesinteressen in den Vordergrund zu stellen.

Zielgerichtete Entwicklungshilfe

Entwicklungshilfe ist keine Einbahnstrasse, wo wahllos Geld nach dem Giesskannenprinzip verteilt wird. Entwicklungshilfe soll nur ausgezahlt werden, wenn dies im Interesse der Schweiz liegt. Dies können wirtschaftliche Kooperationen, Abkommen zur Rücknahme von Staatsangehörigen und weitere gegenseitige Leistungen sein. Sollte die Entwicklungshilfe ihr Ziel verfehlen, oder die entsprechenden Staaten sich nicht an die daran geknüpften Abkommen halten, ist sie unverzüglich einzustellen.

2 Bildung

In Zentrum unseres Bildungssystems soll die Vorbereitung auf das Wirtschaftsleben und das selbständige, kritische Denken stehen. Das Schweizer Bildungssystem und insbesondere das duale Bildungssystem sind weltweit einzigartig und geniessen ein hohes Ansehen. Bildung gehört in den Zuständigkeitsbereich der Kantone, weshalb es kantonale Unterschiede beispielsweise im Bereich der Fremdsprachen geben kann und soll.

Erziehung ist Privatsache

Die Schule übernimmt die Bildung der Kinder und damit die Vorbereitung auf das Wirtschaftsleben. Die Erziehung ist Aufgabe der Eltern.

Duales Bildungssystem stärken

Das duale Bildungssystem ist einzigartig und von grösster Bedeutung für die Wirtschaft der Schweiz. Die Attraktivität von Berufslehre und Berufsmaturität sind zu stärken, indem der Zugang zu Hochschulangeboten vereinfacht wird. Damit kann einer praxisfernen Akademisierung vorgebeugt werden.

Hochschulstandort Graubünden

Der Kanton Graubünden soll das Hochschulangebot erweitern, um die Standortattraktivität zu verbessern. Mit dieser Massnahme soll die Abwanderung von Jungen gebremst werden.

Politikunterricht an Schulen

Alle Schüler müssen über das einzigartige politische System der Schweiz aufgeklärt werden. Ihnen soll die direkte Demokratie auf neutrale Weise nähergebracht werden, weshalb Politik in der Oberstufe zwingend intensiv unterrichtet werden soll.

Bildungsausgaben nicht ausufern lassen

Die Bildungsausgaben im Kanton Graubünden sind hinsichtlich Effizienz und Notwendigkeit zu überprüfen. Der Kanton soll Einsparmöglichkeiten aufzeigen, ohne dass sich die Bildung verschlechtert.

3 Energie und Umwelt

Die Schweiz, als unser aller Heimat, ist ein wunderschönes Land, dessen Natur es zu schützen gilt. Eingriffe in die Umwelt, sind so zurückhaltend wie möglich durchzuführen. Dabei müssen allerdings auch die Interessen der Wirtschaft und der Energieversorgung in Betracht gezogen werden.

Versorgungssicherheit hat oberste Priorität

Die Versorgung unseres Landes mit bezahlbarer elektrischer Energie muss jederzeit gewährleistet sein. Wir fordern einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad aus inländischer Stromproduktion. Die Speicherkapazität ist nach Möglichkeit auszubauen, um die Unabhängigkeit vom Ausland sicherzustellen.

Staatliche Abgaben auf Strompreisen reduzieren

Wir fordern faire und kostendeckende Strompreise sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten. Die staatlichen Abgaben auf den Strompreisen (Netzzuschlag und Mehrwertsteuer) sind deshalb auf ein Minimum zu reduzieren. Die Einführung von Klimasteuern und anderen Lenkungsabgaben auf Strom lehnen wir ab.

Sicherung der Wasserzinsen

Eine Abschaffung der Wasserzinsen kommt für uns nicht in Frage, denn sie sind eine wichtige Einnahmequelle für den Kanton und zahlreiche Gemeinden. Die Wasserzinsen sind langfristig sicherzustellen und beizubehalten.

Forschung als Schlüssel zum Erfolg

Die Forschung im Bereich der Stromspeicherung ist ebenso zu intensivieren wie die Forschung im Bereich der Kernenergie, welche eine sehr CO₂-arme Stromproduktion ermöglicht.

Raumplanung ist Sache der Kantone und Gemeinden

Für die Raumplanung sind der Kanton und die Gemeinden zuständig. Gerade den Gemeinden soll viel Gestaltungsfreiraum gelassen werden, um eine individuelle und bedürfnisgerechte Entwicklung zu garantieren. Der haushälterische Umgang mit der Ressource Kulturland ist zentral, verdichtetes Bauen muss das Ziel sein.

Abschaffung der Ausnützungsziffer

Die Ausnützungsziffer ist eine komplexe und komplizierte Grösse wenn es ums Bauen geht. Um hier Vereinfachungen herbeizuführen, fordern wir die Abschaffung dieser Ziffer auf kantonaler Ebene.

4 Finanzen und Steuern

Ein sinnvoller, effizienter und wirksamer Umgang mit unseren Steuergeldern ist enorm wichtig. Der Finanzhaushalt auf allen drei Verwaltungsebenen muss mittel- bis langfristig ausgeglichen sein, nur so können in Zukunft die notwendigen Ausgaben und Investitionen getätigt werden.

Schuldenabbau für kommende Generationen

Ziel unserer Finanzpolitik muss es sein, eine Neuverschuldung in jedem Fall zu verhindern bzw. Schulden abzubauen. Der sorgsame Umgang mit den öffentlichen Geldern ist wichtig, damit kommende Generationen nicht vor einem unüberschaubaren Schuldenberg stehen.

Keine neuen Steuern, Abgaben und Gebühren

Steuern, Abgaben und Gebühren belasten uns als Privatpersonen oder als Unternehmen schon heute genug, deshalb lehnen wir die Einführung, sowie die Erhöhung dieser, konsequent ab. Der Kanton und die Gemeinden müssen ihre Aufgaben den finanziellen Mitteln anpassen und nicht umgekehrt.

Abschaffung Besteuerung Eigenmietwert

Die Besteuerung des Eigenmietwerts ist abzuschaffen, damit der Erwerb von Wohneigentum wieder attraktiver wird und Wohneigentum auch besser zur Altersvorsorge taugt.

Attraktive Steuerpolitik in Graubünden

Mit einer attraktiven und fairen Steuerpolitik soll Graubünden zu einem attraktiven Standort für natürliche und juristische Personen werden. Dazu gehört auch die Abschaffung der Zweitwohnungssteuer, der Kirchensteuer für juristische Personen und der Heiratsstrafe.

Bürokratie abbauen

Immer mehr Regulierungen und Vorschriften belasten unsere Firmen, aber auch uns Bürger. Die ausufernde Bürokratie schwächt die Innovationskraft, denn sie bindet personelle Ressourcen in den Unternehmen. Dazu kommt ein stetig wachsender Beamtenapparat der Unsummen an Geld verschlingt. Wir fordern eine Notwendigkeitsprüfung bevor neue Staatsstellen geschaffen werden und eine «One-in-one-out-Regel» für die Schaffung neuer Regulierungen.

5 Gesellschaft

Die einzige Konstante in einer Gesellschaft, wie wir sie haben, ist der Wandel. Neue Generationen wachsen in einer völlig anderen Zeit auf als noch ihre Eltern, entsprechend sind ihre Ängste und Sorgen aber auch ihre Wertvorstellungen und Ziele im Leben anders. Freiheit, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung sollen die Schweizer Gesellschaftspolitik generationenübergreifend prägen.

Gleichberechtigung von Mann und Frau

Wir stehen klar hinter der Gleichberechtigung von Mann und Frau und setzen uns dafür ein, dass gleiche Leistung am Arbeitsplatz ungeachtet des Geschlechts gleich entlohnt wird. Eine Regelung durch Quoten ist entsprechend überflüssig, da allein die Leistung der entscheidende Faktor ist.

Familiengestaltung ist Privatsache

In einer freien und vielfältigen Gesellschaft soll jeder frei entscheiden können, welche Form des Zusammenlebens er wählt. Wir fordern gleich lange Spiesse für jede Form der Kinderbetreuung.

Realitätsfremde Genderideologie

Das Geschlecht des Menschen ist angeboren und nicht frei wählbar. Den Einbezug der Genderideologie in Lehrpläne lehnen wir kategorisch ab, dazu gehört auch die gendergerechte Sprache.

Trennung von Kirche und Staat

Unsere ethische und moralische Empfindung ist unweigerlich mit einer christlichen Prägung verknüpft. Dennoch haben es bereits unsere Vorfahren verstanden, eine säkulare Staatsstruktur aufzubauen, in welcher religiöse und staatliche Interessen strikt getrennt werden. Daran ist auch in Zukunft festzuhalten.

Selbstbestimmt Sterben

Wir machen uns stark für mehr Selbstbestimmung und Eigenverantwortung im Leben, da gehört das selbstbestimmte Sterben ebenfalls mit dazu. Aktive Sterbehilfe soll erlaubt und gesetzlich geregelt werden.

Drogenpolitik

Zur nachhaltigen Zerschlagung der offenen Drogenszene sollen staatlich kontrollierte Drogenabgabestellen eingerichtet werden. Der Konsum von weichen Drogen wie Cannabis soll hingegen legalisiert werden, um den Schwarzmarkt trocken zu legen und die Polizei zu entlasten.

6 Gesundheit und Soziales

Unser Gesundheitswesen zählt weltweit zu den besten, aber auch zu den teuersten. Während die Kosten für die obligatorische Krankenpflegeversicherung regelrecht explodieren, wird das Defizit in der AHV immer grösser. Obwohl unser Sozialsystem ausgeklügelt ist, gerät es immer mehr ins Ungleichgewicht.

Ärztemangel beseitigen

Da die Schweiz an einem Ärztemangel leidet, wandern jährlich viele Ärzte in die Schweiz ein. Dieser Mangel beruht auf einer Studienplatzbeschränkung, welche dazu führt, dass viele motivierte Schweizer Jahr für Jahr abgelehnt werden. Wir fordern deshalb die Abschaffung des Numerus clausus.

Sozialhilfemissbrauch hart bestrafen

Wer unrechtmässig Sozialhilfe bezieht, muss mit harten Strafen rechnen. Wenn nötig, sind Detektive einzusetzen, um den Missbrauch aufzudecken und zu verhindern.

Begrenzung von Leistungszahlungen ins Ausland

Wer Leistungen aus den Sozialwerken der Schweiz in Anspruch nimmt und seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt, soll nur noch eine gekürzte, an das Niveau des Domizilstaates angepasste, Leistung erhalten.

Zeitliche Begrenzung von Sozialhilfe

Sozialhilfe ist zeitlich zu begrenzen, um keine Fehlanreize zu schaffen. Das Ziel ist, dass jeder für den eigenen Lebensunterhalt aufkommen kann. Langzeitarbeitslose ohne Aussicht auf eine Stelle sollen zu gemeinnütziger Arbeit in ihrer Wohngemeinde verpflichtet werden können.

Gleiches Rentenalter für Mann und Frau

Aufgrund der Gleichberechtigung ist ein unterschiedliches Rentenalter für Mann und Frau nicht mehr gerechtfertigt. Im Übrigen fordern wir eine Anknüpfung des Rentenalters an die Lebenserwartung.

Private Vorsorge stärken

Das private Vorsorgen muss so attraktiv wie möglich werden. Deshalb fordern wir massive steuerliche Begünstigungen für die dritte Säule, eine Erhöhung der Einzahlungsbeiträge und die Abschaffung des Mindesteinkommens für eine Einzahlung.

7 Kunst, Kultur und Sport

Unsere Kultur ist unsere Identität, sie ist einzigartig und weltweit geschätzt. Kunst ist ebenfalls ein Teil der Kultur, sie ist vielfältig und widerspiegelt die Freuden, Ängste und Sorgen der Gesellschaft. Ein abwechslungsreiches Kunst- und Kulturangebot ist im Sinne der Bevölkerung, denn es schafft Identität. Sport ist nicht nur für die Gesunderhaltung der Bevölkerung wichtig sondern vereint eine ganze Nation, gerade wenn es um internationale Wettkämpfe geht.

Traditionen bewahren

Schweizer Brauchtum und Traditionen sind zu schützen, sie gehören zu unserer einzigartigen Kultur. Einschränkungen von Traditionen und Bräuchen lehnen wir entschieden ab. Dort wo Traditionen noch gelebt werden, sollen sie auch gelebt werden dürfen.

Unsinnige Kulturförderung unterlassen

Wir sehen die Kulturförderung als Hilfeleistung um Projekte, die auf grosses Interesse stossen, zu verwirklichen. Die Kulturförderung darf nicht zum Ziel haben, dem Kulturschaffenden ein Einkommen zu sichern. Deshalb müssen Kunst- und Kulturprojekte kritisch geprüft werden, bevor sie mit der Giesskanne finanziert werden.

Zwangsgebühren für Radio und Fernsehen abschaffen

Es gibt ein ausreichendes Angebot an privaten Radio- und Fernsehstationen. Die Konkurrenzierung dieser Stationen durch staatliche Sender, welche grossmehrheitlich durch Zwangsgebühren finanziert werden, ist unzulässig. Das staatliche Angebot soll sich auf unabhängige Informationen zu aktuellen Geschehnissen beschränken und alle anderen Aktivitäten einstellen. Die Radio- und Fernsehabgabe soll deshalb ersatzlos gestrichen werden.

Sportförderung

Unsere Sportler tragen das Schweizerkreuz mit ihren grossartigen Leistungen in die ganze Welt hinaus. Die aktive Jugendförderung im Sport soll daher unbedingt weitergeführt werden, damit auch Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Familien die Möglichkeit haben, sportlich aktiv zu sein.

Schützenvereine

Das Schiessen ist ein tief in unserer Kultur verknüpfter Sport. Schützenvereine müssen staatlich gefördert werden und der Erwerb von Waffen für Privatpersonen darf keinesfalls weiter verschärft werden.

8 Landesverteidigung

Zu unserer bewaffneten Neutralität gehört eine gut ausgerüstete, motivierte und schlagkräftige Armee, die nach dem Milizprinzip aufgebaut ist. Die Aufgabe der Armee besteht darin, Krieg durch Abschreckung zu verhindern und im Ernstfall die Bevölkerung zu verteidigen. Bei ausserordentlichen Lagen unterstützt sie die zivilen Behörden.

Ausreichende finanzielle Mittel für die Armee

Um ihre Aufgaben wahrnehmen zu können, benötigt die Armee genügend finanzielle Mittel. Diese sind ihr durch das Parlament zu gewährleisten. Wir fordern die Armee auf, sparsam und effizient mit den Geldern umzugehen.

Neutralität bewahren

Die Armee verteidigt unser Land bei Angriffen und kommt bei besonderen Bedrohungen im Inland zum Einsatz. In zwischenstaatliche Konflikte mischt sich die Schweiz nicht ein, weshalb militärische Auslandseinsätze jeglicher Art abzulehnen sind.

Milizprinzip beibehalten

Eine Abkehr vom Milizprinzip hin zu einer Berufsarmee kommt für uns nicht in Frage. Dieses System hat sich über die Jahre hinweg bewährt. Die Armee verbindet die Schweizer Bevölkerung über die Sprachgrenzen hinaus und leistet somit eine wichtige Aufgabe für den Zusammenhalt der Nation.

Anpassungen im Dienstpflichtsystem

Heute sind lediglich Männer militärdienstpflichtig. Um den Personalbestand in der Armee und in den zivilen Schutzorganisationen gewährleisten zu können, ist die Dienstpflicht auch auf Frauen auszuweiten. Dies ist ebenfalls ein wichtiger Schritt für die Gleichberechtigung von Mann und Frau.

Zugang zum Zivildienst erschweren

Die Armee muss immer mehr Abgänge aufgrund von Zivildienstgesuchen hinnehmen. Die Leistung vom Dienst in der Armee darf keine Frage des Wollens sein, es ist eine Pflicht. Entsprechend muss der Zugang zum Zivildienst erschwert werden.

9 Landwirtschaft und Jagd

Die Landwirtschaft stellt die Versorgung der Schweiz mit hochwertigen Lebensmitteln sicher, erhält die Schweizer Kulturlandschaft und sorgt für eine dezentrale Besiedelung des Landes. Die Jagd reguliert den Wildtierbestand und schützt somit ebenfalls Natur und Umwelt.

Möglichst hoher Selbstversorgungsgrad

Um die Ernährungssicherheit für die eigene Bevölkerung auch in Krisenzeiten gewährleisten zu können, ist in der Schweiz ein möglichst hoher Selbstversorgungsgrad aus einheimischer Landwirtschaft anzustreben.

Schweizer Landwirtschaft schützen

Ausländische Produkte, die die einheimischen aufgrund der niedrigeren Produktionsstandards (insbesondere in Tierschutz und Ökologie) konkurrieren, sind zwingend mit Schutzzöllen zu belegen, um so den einheimischen Markt zu schützen.

Gentech–Moratorium verlängern

Zum heutigen Zeitpunkt lehnen wir die Zulassung von gentechnisch veränderten Organismen ab, weil die Auswirkungen noch zu wenig bekannt sind. Die Schweiz darf sich dem Fortschritt jedoch nicht verschliessen, weshalb sie dieses Thema weiterhin offen begleiten soll.

Erhaltenswerte Maiensäss–Kultur

Die Maiensäss–Kultur gerade in der Bündner Alpenlandschaft ist landschaftsprägend und deshalb erhaltenswert. Wir unterstützen Bestrebungen, die zum Ziel haben, die rechtlichen Rahmenbedingungen dahingehend zu ändern, dass der Erhalt und die Erneuerung von bestehenden Bauten gefördert werden.

Regulierung von Grossraubtieren

Problematische Grossraubtiere müssen schnell und effizient reguliert werden können. Dies muss in der Kompetenz des Kantons liegen und nicht in Bern entschieden werden.

Jagd als wichtiges Instrument zur Bestandsregelung

Die Jagd ist ein wichtiges Instrument zur Regelung des Wildtierbestandes im Kanton Graubünden. Verantwortungsbewusste und gut ausgebildete Jäger übernehmen diese wichtige Aufgabe.

10 Migration und Integration

Unsere gut funktionierende Wirtschaft, der ausgebaute Sozialstaat, die direkte Demokratie aber auch die gewährleistete Sicherheit wirken allesamt als Magnet für Migranten, die sich bei uns niederlassen wollen. Mit diesen Migrationsströmen kommen auch diverse Probleme auf die Schweiz zu, die es anzupacken gilt.

Eigenständige Steuerung der Zuwanderung

Die Schweiz soll, wie vom Volk beschlossen, die Zuwanderung wieder eigenständig regeln. Die unkontrollierte Zuwanderung stellt uns vor grosse Herausforderungen im Bereich der Integration, der Infrastrukturen sowie der Beschäftigung. Die Personenfreizügigkeit ist nötigenfalls zu kündigen.

Wirtschaftsmigration unterbinden

Wirtschaftsmigranten sind bereits an den Grenzen unseres Landes abzuweisen und in ihr Heimatland zurückzuführen. Wir fordern die Bundesbehörden auf, Rückschaffungen konsequenter zu vollziehen.

Zugang zu Sozialwerken erschweren

Migranten ist der Zugang zu unseren Sozialwerken deutlich zu erschweren. Sie sollen nicht von denselben Leistungen profitieren können wie Schweizerinnen und Schweizer.

Integration ist eine Holschuld

Will jemand in der Schweiz leben, muss er oder sie sich integrieren. Die betroffene Person hat das in eigener Verantwortung zu tun, denn Integration ist eine Willenssache und dazu eine Holschuld.

Kriminelle Ausländerinnen und Ausländer ausschaffen

Wer die hiesigen Gesetze nicht einhalten will, muss des Landes verwiesen werden. Zudem sind straffällig gewordene Ausländer unter keinen Umständen einzubürgern, dasselbe gilt für Sozialhilfeabhängige und Arbeitslose. Landesverweise sind immer lebenslänglich und ohne Ausnahme auszusprechen.

Nein zum Ausländerstimmrecht

Wir lehnen die Einführung eines Stimmrechts für Ausländerinnen und Ausländer entschieden ab. Das Schweizer Bürgerrecht und damit einhergehend das Stimm- und Wahlrecht setzen den Abschluss einer erfolgreichen Integration voraus. Wer das Bürgerrecht nicht erwerben will oder aufgrund unzureichender Integration nicht kann, soll auch nicht in den Genuss des einzigartigen Stimm- und Wahlrechts kommen.

11 Sicherheit

Nach wie vor gilt die Schweiz als sicheres Land. Während es im nahen Ausland leider immer wieder zu brutalen, politisch oder religiös motivierten Terroranschlägen gekommen ist, blieb die Schweiz bislang verschont. Die ständige Bedrohung macht unseren Sicherheitskräften zu schaffen. Sie benötigen zusätzliche Kräfte und finanzielle Mittel, um den erhöhten Bedarf an Sicherheit garantieren zu können. Zudem blüht gerade in Grenzregionen des Kantons Graubünden der Kriminaltourismus, wo zusätzliche Grenzschützer eingesetzt werden müssen.

Kriminaltourismus bekämpfen

Mit der Aufstockung des Grenzwachtkorps, der Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen sowie der verstärkten Polizeipräsenz in grenznahen Gebieten soll den Kriminaltouristen das Handwerk gelegt werden.

Zusammenarbeit der Sicherheitskräfte stärken

Um die Sicherheit in der Schweiz zu garantieren, sollen die Polizei, die Armee und das Grenzwachtkorps sehr eng miteinander zusammenarbeiten.

Eine schlagkräftige Kantonspolizei

Der Kantonspolizei sind genügend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um die Sicherheit der Bündner Bevölkerung jederzeit gewährleisten zu können. Für uns ist der haushälterische Umgang mit den Steuergeldern eine Selbstverständlichkeit.

Keine Kuscheljustiz

Gewaltverbrechen oder ähnliche Gräueltaten gegen andere Menschen sind hart zu bestrafen. Pädophile Sexualgewaltverbrecher sind ausnahmslos lebenslänglich zu verwahren. Ebenfalls sind die Interessen des Opfers immer höher zu gewichten als diejenigen des Täters.

Bussenpraxis ist zu überdenken

Die Verkehrsüberwachung soll in erster Linie der Sicherheit dienen und keine fiskalischen Gründe haben. Die heutige Praxis lässt jedoch den Schluss zu, dass Geschwindigkeitskontrollen aus finanziellen Gründen durchgeführt werden. Diese Praxis ist zu überdenken, weshalb wir von der Kantonspolizei fordern, die Radarstandorte öffentlich bekannt zu geben.

12 Verkehr

Mobilität ist in der heutigen Zeit ein sehr wichtiges Bedürfnis der Bevölkerung. Umso wichtiger ist es, dass das Verkehrsnetz in der Schweiz möglichst lückenlos, in gutem Zustand und belastbar ist. Sowohl das Schienen- als auch das Strassennetz sind zu erhalten, respektive punktuell auszubauen. Der Alpenkanton Graubünden mit seinen abgelegenen Regionen und Talschaften ist auf eine gute Erschliessung dieser Gebiete angewiesen.

Durchgehende Doppelspur der Bündner A13

Der Transitverkehr durch Graubünden nimmt immer mehr zu, es staut deshalb immer öfters an Nadelöhren wie vor dem Isla Bella Tunnel oder vor dem San Bernardino Tunnel. Solche Engpässe sind zu beseitigen, indem die Strecke durchgehend doppelspurig werden soll.

Güterverlad auf Schiene durchsetzen

Um den Strassenverkehr zu entlasten, sollen Güter nach Möglichkeit auf der Schiene transportiert werden. Wir fordern die Bündner Regierung auf, Massnahmen für einen konsequenten Güterverlad auf die Schiene zu prüfen und umzusetzen.

Preiserhöhung für Autobahnvignette lehnen wir ab

Für uns kommt die Preiserhöhung der Autobahnvignette nicht in Frage, hingegen sollen Anhänger von der Vignettenpflicht befreit werden. Die Einführung einer sogenannten E-Vignette lehnen wir ebenfalls ab, weil wir keine systematischen Videokontrollen wollen.

Gleich lange Spiesse für Strasse und Schiene

Die einseitige Förderung des Strassen- oder des Schienenverkehrs lehnen wir ab, beide Optionen müssen zu fairen Preisen für jedermann nutzbar sein. Eine Quersubventionierung der Schiene durch den Strassenverkehr widerspricht unseren Vorstellungen.

13 Wirtschaft und Tourismus

Eine florierende und funktionierende Wirtschaft ist die Basis unseres Wohlstandes. Wirtschaft und Tourismus spielen in Graubünden ebenfalls eine wichtige Rolle, sie generieren Wertschöpfung und schaffen wichtige Arbeitsplätze für die hiesige Wohnbevölkerung. Die Bündner Wirtschaft besteht aus zahlreichen, dezentralen Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU), wir verfügen zudem über eine namhafte Exportwirtschaft und bieten zahlreiche touristische Attraktionen an. Das Bündner Rheintal kann als Wirtschaftsmotor Graubündens verstanden werden.

Grundsatz freie Marktwirtschaft

Unsere Wirtschaft funktioniert nach dem Prinzip der freien Marktwirtschaft, daran ist weiterhin festzuhalten. Der Staat soll sich weitgehend aus der Marktwirtschaft fern halten, denn der (internationale) Wettbewerb sorgt für die nötigen Korrekturen.

Handelshemmnisse abbauen

Als Exportnation profitieren wir vom Abbau der Handelshemmnisse, doch dieses Profitieren basiert auf Gegenseitigkeit. Aus diesem Grund befürworten wir Abkommen, die im gegenseitigen Interesse sind und zum Ziel haben, Handelshemmnisse abzubauen.

Deregulierung vorantreiben

Unternehmen müssen in ihren Entscheidungen möglichst frei sein, sie müssen innovativ und mutig sein. Staatliche Regulierungen und administrative Hürden hemmen Unternehmen in ihrer Innovation, weshalb alles daran zu setzen ist, unnötige Regulierungen abzuschaffen.

Wirtschaftsförderung in Graubünden

Der Kanton Graubünden soll innovative Start-ups und KMU gezielt fördern, denn sie schaffen attraktive Arbeitsplätze und generieren Wertschöpfung. Die Förderung soll im Rahmen eines Darlehens seitens des Kantons, einer steuerlichen oder administrativen Entlastung passieren.

Inländervorrang umsetzen

Schweizer sind bei der Stellenvergabe gegenüber Ausländern zu priorisieren. Der in der Verfassung verankerte Inländervorrang gilt es wortgetreu umzusetzen.

14 Politik in- und ausserhalb Graubündens

Das direktdemokratische System der Schweiz ist einzigartig, denn in keinem anderen Land haben die Bürger so viel Mitbestimmungsmöglichkeit. Sowohl auf kantonaler als auch auf nationaler Ebene gibt es Baustellen, die wir gerne vorantreiben möchten. Unsere Demokratie ist nicht perfekt, wir setzen uns aber dafür ein, dass sie immer besser wird.

Bundesverfassung als oberste Gesetzesgrundlage

Unsere Schweizer Bundesverfassung ist die oberste Rechtsquelle in unserem Land. Eine Unterordnung an fremdes Recht kommt für uns nicht in Frage.

Sondersession auf Bundesebene abschaffen

In jeder Session des National- und Ständerats werden seitenweise Gesetze und Verordnungen erlassen oder abgeändert. Wir sind der Meinung, dass die Sondersession abgeschafft werden muss, um zusätzliche Regulierungen und Freiheitseinschränkungen bremsen zu können.

Direktdemokratischer Föderalismus

Die Stärke des Schweizer Föderalismus liegt in der Tatsache, dass jeweils die direkt betroffenen Bürger auf der kleinstmöglichen Staatsebene direktdemokratisch über Veränderungen entscheiden dürfen. Entgegen internationalen Standards wird unser Land von unten nach oben regiert. Dieses einzigartige und schützenswerte System möchten wir mit aller Kraft verteidigen.

Attraktive Randregionen

Um die Randregionen, namentlich die Berggebiete im Kanton, als Wohn- und Lebensraum attraktiv zu halten, sind Pendlerabzüge unerlässlich und dürfen nicht angetastet werden. Des Weiteren sollen die Regionen durch Strassen, öffentliche Verkehrsmittel, schnelle Internetverbindungen sowie ausreichende medizinische und schulische Angebote gut erschlossen sein. Auf den Erhalt der Arbeitsplätze in ländlichen Regionen ist besonderen Wert zu legen.

Mutige Regierung gefragt

Unsere Regierung funktioniert, doch das allein nützt unserem Kanton nichts. Wir brauchen fähige Leute in der Kantonsregierung die mutig sind und Visionen haben. Heute wird vieles mit dem Verweis auf übergeordnetes Bundesrecht und aus Angst vor kritischen Stimmen blockiert. Wir fordern die Regierung auf, mehr Mut an den Tag zu legen und Graubünden vorwärts zu bringen.